

DIE SPRÜCHE DES DONALD TRUMP

„Ich habe die treuesten Anhänger. Ich könnte mitten auf der 5th Avenue stehen und jemanden erschießen, und ich würde trotzdem keine Wähler verlieren. Unglaublich!“ (Januar 2016)

„Sie wird vollkommen überbewertet. Sie fängt an, mir alle möglichen absurden Fragen zu stellen. Man konnte sehen, dass Blut aus ihren Augen kam, Blut aus ihrer... woher auch immer.“ (Nach einer TV-Debatte über Moderatorin Megyn Kelly, Oktober 2015. Trump sagt später, er habe ihre Nase gemeint)

„Schaut euch dieses Gesicht an... Würde jemand für so etwas stimmen?“ (Über seine republikanische Mitbewerberin Carly Fiorina im Vorwahlkampf, September 2015)

„Wenn Mexiko seine Leute schickt, schicken sie nicht ihre besten... Sie schicken Leute, die eine Menge Probleme haben, und sie bringen die Probleme zu uns. Sie bringen Drogen. Sie bringen Verbrechen. Sie sind Vergewaltiger. Und manche, nehme ich an, sind gute Leute.“ (Bei der Vorstellung seiner Kandidatur im Juni 2015)

„Irgendjemand begeht doch die ganzen Vergewaltigungen, Don. Wer macht das denn? Wer denn?“ (Auf die Frage, ob er seine Behauptung über mexikanische Vergewaltiger belegen kann, Juli 2015)

„Wir müssen mit dem Bau einer Mauer anfangen. Einer großen, schönen, mächtigen Mauer... Keiner baut Mauern besser als ich, glaubt mir... Sie kann ein Tor haben, sie kann eine Tür haben. Wir lassen Leute legal hinein. Mexiko muss für die Mauer bezahlen.“

„Ich mag China... Ich habe gerade ein Apartment für 15 Millionen Dollar an jemanden aus China verkauft. Und dann soll ich es nicht mögen? (...) Die größte Bank der Welt ist aus China. Und wo hat sie gerade ihr US-Hauptquartier bezogen? Hier, im Trump-Tower! Ich liebe China! Nur leider ist ihre Führung viel schlauer als unsere.“ (Juni 2015)

„Ich weiß mehr über den IS als die Generäle. Glaubt mir. Ich würde die Schei-

ße aus ihnen herausbomben. Ich würde diese Kerle einfach zusammenbomben.“ (Zum Kampf gegen die Terrormiliz IS, November 2015, auf einer Kundgebung in Iowa)

„Er ist kein Kriegsheld. Er war ein Kriegsheld, weil er gefangen genommen wurde. Ich mag Leute, die nicht gefangen genommen wurden.“ (Über Senator John McCain, der fünf Jahre lang in nordvietnamesischer Kriegsgefangenschaft saß, Juli 2015)

„Ich brauche kein Geld von irgendetwem. Ich brauche die Lobbyisten nicht, Ich brauche die Spender nicht. Das ist mir egal. Ich bin wirklich reich.“ (Juni 2015)

„Iran hat das Videomaterial bereitgestellt, wie das ganze Geld aus dem Flugzeug gebracht wird. 400 Millionen Dollar in bar! (...) Ein perfektes Militärvideo. Iran hat das veröffentlicht, um uns zu blamieren!“ (Trump beschreibt bei einer Kundgebung detailliert ein Video, das er gesehen haben will und das eine

US-Lösegeldzahlung an den Iran zeigen soll. Er muss später zugeben: Die Aufnahme stammt von einem Flughafen in Genf und zeigt die Heimreise von US-Gefangenen, aber keine Geldkoffer.)

„Ich finde, sich zu entschuldigen ist großartig. Aber du musst etwas falsch gemacht haben. Ich werde mich ganz klar entschuldigen, irgendwann in einer hoffentlich weit entfernten Zukunft. Wenn ich jemals etwas falsch gemacht habe.“ (September 2015)

„Ich befürchte, dass die Wahl manipuliert wird.“ (Bei einer Wahlkampfveranstaltung in Ohio am 1. August. Belege blieb Trump schuldig.)

„Er hat einen Pakt mit dem Teufel geschlossen. Sie ist der Teufel.“ (Trump ebenfalls am 1. August über seine Rivalin Hillary Clinton und den früheren demokratischen Mitbewerber um das Präsidentenamt, Bernie Sanders.)

„Russland, wenn ihr zuhört: Ich hoffe, ihr findet die 30 000 E-Mails, die feh-

len.“ (Trump auf einer Pressekonferenz am 27. Juli in Miami: Nach einem Hackerangriff auf die US-Demokraten verstanden viele diese Aussage von Trump als Aufforderung, die E-Mails seiner politischen Rivalin Hillary Clinton auszuspiionieren).

„Wenn wir Atomwaffen haben, warum setzen wir sie nicht ein?“ (Aussage Trumps nach Angaben des amerikanischen Fernsehsenders MSNBC bei einer Besprechung mit seinen außenpolitischen Beratern. Diese und auch Trump selbst dementierten den Satz jedoch.)

„Ich habe die politische Arena betreten, damit die Mächtigen nicht länger auf Menschen einschlagen können, die sich nicht verteidigen können. Niemand kennt das System besser als ich, deswegen bin ich der Einzige, der es reparieren kann. (Trump auf dem Nominierungsparteitag der Republikaner).

„Dies ist das Erbe Hillary Clintons: Tod, Zerstörung Terrorismus und Schwäche“ (Ebenfalls auf dem Parteitag)

Über das Ziel hinaus

Diesmal verprellte Trump alle

Von Daniel Jahn

Washington. Bei kaum einem anderen Thema schlagen in den USA die Emotionen so hoch wie bei der Frage nach dem Recht auf Waffenbesitz. Nun hat der republikanische US-Präsidentschaftskandidat Donald Trump das strittige Thema erneut in den Mittelpunkt gerückt: Er wirft seiner Rivalin Hillary Clinton vor, das Verfassungsrecht auf Waffenbesitz abschaffen zu wollen – die Demokratin will aber lediglich Waffenverkäufe strikter regulieren.

Gesagt hatte Trump: Als Präsidentin wäre Clinton bei der Abschaffung nicht aufzuhalten, da sie entsprechende Richter für den Obersten Gerichtshof nominieren könne, und fügte hinzu: „Da kann man nichts machen, Leute. Obwohl – (es gibt da) die Leute des Zweiten Verfassungszusatzes, vielleicht gibt es doch etwas (das man tun kann). Ich weiß es nicht.“

Nicht nur Demokraten, sondern auch Republikaner werteten Trumps Äußerung als vollkommen verantwortungslos. Von US-Medien und Nutzern der sozialen Netzwerke wurde die Äußerung so gleich dahin gehend gedeutet, dass Trump für den Einsatz von Waffengewalt – entweder gegen Clinton oder die Richter – plädiert haben könnte. Der Secret Service, der für die Sicherheit der Kandidaten verantwortlich ist, erklärte über den Kurzmitteilungsdienst Twitter, er habe die Äußerungen „zur Kenntnis genommen“. Das Wahlkampfteam des Republikaners entgegnete, Trump habe lediglich gesagt, dass Waffenfreunde in hoher Zahl im November zur Wahl gehen und geschlossen gegen Clinton und für Trump stimmen würden.

Undurchsichtige rechtliche Lage

Im Zweiten Zusatzartikel zur Verfassung aus dem Jahr 1791 ist das Recht auf privaten Waffenbesitz verankert. Dort heißt es: „Weil eine gut organisierte Miliz für die Sicherheit eines freien Staates erforderlich ist, darf das Recht des Volkes, Waffen zu besitzen und zu tragen, nicht beeinträchtigt werden.“ Die Frage, wie weit dieses Recht reicht, wird kontrovers diskutiert. Seit 1993 steht eine Überprüfung von Waffenkäufern im Bundesrecht. Verurteilte Kriminelle, Menschen mit psychischen Störungen oder Drogenabhängige dürfen demnach keine Schusswaffen erwerben – allerdings gibt es etliche Schlupflöcher.

Schätzungen zufolge sind in den USA mehr als 300 Millionen Schusswaffen im Privatbesitz – das entspricht statistisch fast einer Waffe pro Einwohner. Die Waffenschmieden des Landes produzierten 2014 gut 3,6 Millionen Pistolen, rund 744 000 Revolver sowie mehr als 3,3 Millionen Gewehre, wie die Statistiken der Behörde für Alkohol, Tabak und Feuerwaffen (ATF) zeigen. In den USA gibt es rund 140 000 lizenzierte Waffenhändler.

Jedes Jahr sterben in den USA mehr als 30 000 Menschen durch Schusswaffen – darunter 11 000 Morde. Nach Angaben der Anti-Waffen-Lobbyisten Brady Campaign werden täglich 297 Menschen durch Schusswaffen verletzt oder getötet; darunter 41 verletzte und sieben getötete Kinder oder Jugendliche.



Zielt nicht nur auf den politischen Gegner, sondern auch auf Minderheiten: Donald Trump – hier bei einer Veranstaltung in Florida im letzten Oktober. Foto: Christobal Herrera/dpa

„Er bündelt die Wut weißer, männlicher Amerikaner“

Historiker Berg: Trump hat sich nicht unter Kontrolle – Republikaner ernten Früchte ihrer Demagogie

Von Michael Abschlag

Heidelberg. Manfred Berg (56; Foto: privat) ist Inhaber des Curt-Engelhorn-Lehrstuhls für Amerikanische Geschichte an der Universität Heidelberg.



> Herr Berg, ist Donald Trumps jüngste Äußerung ein neuer Tabubruch, mit dem er sich endgültig von einem Konsens der politischen Kultur entfernt?

Ich würde es als weiteren Beweis dafür ansehen, dass Trump keinerlei Impulskontrolle besitzt. Er hat genau die Charaktereigenschaften, die 50 amerikanische Sicherheitspolitiker als Gefahr für die nationale Sicherheit beschrieben haben. Das mag zum Teil auch kalkulierte Provokation sein und der Versuch, die Grenzen auszutesten, aber ich denke, er ist auch einfach jemand, der sich selbst nicht unter Kontrolle hat.

> Wie ist dann sein Erfolg zu erklären?

Er bündelt die Ressentiments und die Wut vieler, meist weißer, männlicher Amerikaner. Sie sehen in ihm den Retter und Rächer, als der er sich selbst darstellt. So gesehen machen ihn seine Äußerungen bei seinen Anhängern nur noch populärer. Man muss sich nur vor Augen führen, dass sie auf dem republikanischen Parteitag in Sprechchören gefordert haben, Hillary Clinton einzusperrten. Das ist für amerikanische Verhältnisse bemerkenswert.

> Ist das nicht auch eine Strategie: Erst Tabus brechen, dann relativieren?

Natürlich. Das ist ja eine altbekannte Strategie von Populisten und Demagogen: Grenzen auszutesten und gegebenenfalls wieder zurückzurufen. Ich glaube aber, dass er das nur zum Teil wirklich kontrollieren kann, weil er sich immer wieder von seinem riesigen Ego hinreißen lässt. Er ist durch seine Äußerungen für große Teile der Amerikaner schlicht nicht wählbar.

> Das heißt, es schadet ihm langfristig mehr, als es ihm nützt?

Ja, aber er ist auch kein Konsens-Kandidat. Er bündelt die Wut und verspricht im Grunde eine Revolution in Amerika. Seine einzige Chance besteht darin, dieses Wut-Potenzial voll auszuschöpfen und die große Gruppe der Nichtwähler zu mobilisieren. Ich sehe aber nicht, wie er das schaffen will, denn dafür braucht man eine sehr schlagkräftige Wahlorganisation – und die Partei verweigert sich ihm.

> Ist es denkbar, dass sie ihn noch stürzt? Die amerikanische Politikgeschichte ist lang und pittoresk, und man hat schon sehr viel gesehen. Ich kann mich allerdings nicht daran erinnern, dass ein Kandidat noch nach der Nominierung von der eigenen Partei fallen gelassen wurde. Die Republikaner haben sich da selbst in ei-



ne dramatische Lage manövriert. Sie ernten jetzt die Früchte der hemmungslosen Demagogie, die sie über Jahrzehnte betrieben haben.

> Amerikanische Wahlkämpfe waren immer polarisierend. Ist diese Zuspitzung da nicht die logische Konsequenz?

Amerika war nie die Konsensdemokratie, als die es sich selbst gerne darstellt. Es gab spätestens seit den 1960er Jahren immer schon eine starke Polarisierung. Wir haben das in Europa lange nicht wahrgenommen, weil sich diese Polarisierung unserem bekannten Rechts-Links-Schema entzogen hat. Statt sozialer Fragen stehen seit mindestens 25 Jahren die sogenannten Kulturkriege ganz oben auf der Tagesordnung: Themen wie Abtreibung, das Schulgebet, die Rechte von Homosexuellen... Da stehen sich die religiöse Rechte und die Multi-Kulti-Linke in Fanatismus oft in nichts nach. Und dann gibt es noch die von den Republikanern geschürte Ideologie, derzufolge Washington, der Staat, der große Feind ist. Interessanterweise profitiert

Trump davon, obwohl er selbst einen starken, autoritären Staat verspricht.

> Das ist nicht der einzige Widerspruch. Auch sonst vertritt Trump nicht unbedingt die Interessen seiner Anhänger.

Nun ja, es kommt ja darauf an, wie die Leute das selbst sehen. Es sind oft weiße Amerikaner der Arbeiter- oder der Mittelklasse, die überzeugt sind, dass ihre stagnierenden Einkommen mit der illegalen Einwanderung zu tun haben, weil sie die Löhne kaputt mache. Die sehen natürlich jemanden, der verspricht, die Einwanderung zu stoppen, als ihren Interessenvertreter. Und sie sehen in einem Geschäftsmann wie Trump jemanden, der die Wirtschaft auf Vordermann bringen kann, wovon alle profitieren. Das alles ist natürlich sehr widersprüchlich und meiner Meinung nach auch nur damit zu erklären, dass es mittlerweile – nicht nur in den USA – mediale Parallelwelten gibt, in denen sich jeder seine eigene Wirklichkeit zurecht sucht und nur noch wahrnimmt, was in sein Weltbild passt. Da wird die Gegenseite oft gar nicht mehr gehört.

> Wäre ein Trump in Deutschland möglich? Oder sind die politischen Kulturen dafür zu unterschiedlich?

Ich hoffe nicht. Ich kann mir im Moment noch nicht vorstellen, dass es bei uns eine solche Polarisierung gibt. Wir haben ein weniger personalisiertes Wahlsystem, das wirkt da dämpfend. Aber man sollte auch nicht übermäßig optimistisch sein. Wir haben in den letzten Jahren in vielen westlichen Gesellschaften eine starke Tendenz zum Populismus gesehen. Solche Bewegungen finden ja durchaus ihre Anhängerschaft, und zwar aus ähnlichen Gründen wie in den USA.

> Halten Sie es für möglich, dass sich die politische Kultur in den USA durch den Trump-Schock wandeln wird?

Das halte ich für Wunschdenken. Ich verfolge die amerikanische Politik seit 30 Jahren, und es gibt immer wieder diesen Appell zur Einigkeit. Obama hat versucht, die Gräben zu überbrücken. Das Ergebnis war, dass der Kongress ihn blockiert hat. Da besteht wenig Hoffnung. Dafür sind die Gräben zu tief.

NACHRICHTEN

EU-Beiträge: Deutsche auf Platz vier

Die Deutschen stehen in der Rangliste der EU-Nettozahler nur noch auf Platz vier. Wie aus Angaben der EU-Kommission hervorgeht, zahlte jeder Bundesbürger 2015 im Schnitt 176 Euro in den Gemeinschaftshaushalt ein. An der Spitze standen die Schweden (226 Euro), gefolgt von den Niederländern (219 Euro) und den Briten (178 Euro). Bei den Gesamtzahlungen liegt Deutschland aber mit 14,3 Milliarden Euro weiter auf Platz Eins.

Abbau Ost wird teurer

Der Rückbau der DDR-Atommeiler in Lubmin und Rheinsberg wird deutlich teurer als geplant. Die bundeseigenen Energiewerke Nord als Eigentümer gehen nach eigener Kostenschätzung von 6,6 Milliarden Euro Gesamtkosten aus. Ende 2015 war der Rückbau für die beiden Meiler noch mit 4,2 Milliarden Euro beziffert worden.

Spaniens „Bürger“ bewegen sich

In die seit Monaten stockende Regierungsbildung in Spanien kommt Bewegung. Der Chef der liberalen Partei Ciudadanos (Bürger), Albert Rivera (36; Foto:dpa), stellte am Mittwoch bei einem Treffen mit dem geschäftsführenden Ministerpräsidenten Mariano Rajoy sechs Bedingungen für die Aufnahme von Gesprächen. Er fordert unter anderem eine Untersuchungskommission, um Korruptionsaffären bei Rajoy konservativer Volkspartei aufzudecken. Außerdem geht es um eine Reform des geltenden Wahlgesetzes, die den kleineren Parteien zugute kommen soll.



Mehrere Anschläge in der Türkei

Bei schweren Bombenanschlägen in der Südosttürkei sind mindestens acht Menschen getötet und dutzende verletzt worden. Die Anschläge in der Kurdenmetropole Diyarbakir und in Mardin, nahe der syrischen Grenze, seien gegen Sicherheitskräfte gerichtet gewesen, meldete der Sender CNN Türk. Es seien jedoch viele Zivilisten unter den Opfern. Bereits am Morgen waren in der Provinz Sirtak mindestens fünf Soldaten getötet worden. Hinter den Taten wurde die PKK vermutet.